

Medikamentenlager für Österreich gefordert

„Logische Konsequenz aus Tschernobyl“

Eigenbericht der „Presse“ von
JOHANNES STEINBACH

SANKT PAUL. Die Einrichtung eines Medikamentenlagers durch das Bundesheer, aus dem die gesamte österreichische Bevölkerung im Krisenfall binnen weniger Stunden versorgt werden kann, fordert Gesundheits-Staatssekretär Mario Ferrari-Brunnenfeld. „Das muß eine logische Folge des Unfalls von Tschernobyl sein“, erklärte er gestern in einer Pressekonferenz am Rande einer Ärzttagung in Sankt Paul im Lavanttal über Notfallmedizin. Darüber hinaus regte der Staatssekretär eine Lehrkanzel für Katastrophenmedizin an, bei der „das Wissen zur Abwehr von ABC-Unfällen“ konzentriert werden soll.

Ein Medikamentenlager, das etwa zum Schutz vor einem radioaktiven „fall-out“ Jodtabletten umfassen müßte, würde rund 60 Millionen Schilling kosten, meinte Ferrari-Brunnenfeld. Er regte die Einrichtung eines EDV-gestützten Verteilungssystems an, um die gesamte österreichische Bevölkerung im Gefahrenfall binnen weniger Stunden zu erreichen.

Der Staatssekretär will dieses Lager in dem von ihm ausgearbeiteten Sanitätskonzept verankern, nach dem die Heerespitäler generell auch zivile Aufgaben übernehmen sollen. „Falls bestimmte Grenzwerte überschritten werden, könnte ich mir vorstellen, daß durch eine Verfassungsänderung dem Bund Kompetenzen übertragen werden“, meinte er, betonte aber, daß die dezentrale Organisation aufrecht bleiben müsse. Nur die Kommunikation zwischen den einzelnen Stellen sei stark zu verbessern, da sie – so bekannte er offen ein – im Fall Tschernobyl teilweise schwer versagt hätte.

Auf eine Verbesserung des Zivilschutzes drängte der deutsche Spezialist für Katastrophenmedizin, Paul Birkenbach, der die westlichen Kernkraftwerke aber als sicher beurteilte. Er teilte die Verstrahlungen medizinisch in fünf Gruppen.

Bis 100 rad würde ambulante Behandlung ausreichen, bis 400 rad müßten Patienten in Spitäler aufgenommen werden, um den richtigen Zeitpunkt für Bluttransfusionen oder Knochenmarktrans-

plantationen abzuwarten. Bis zu einer Bestrahlung von 700 rad seien zwar auch schwere Schäden im Magen- und Darmbereich wahrscheinlich, es bestünden aber sogar bei noch höheren Werten noch Überlebenschancen. Ab zwei-bis dreitausend rad gebe es keine Hoffnung mehr.

In Österreich muß man im extremsten Fall bei einem Unfall in einem Kernkraftwerk in Nachbarländern mit einer Belastung von bis zu 100 rad rechnen.

Schwere Kritik am Krisenmanagement nach Tschernobyl übte der Strahlenexperte Herbert Sorantin vom Forschungszentrum Seibersdorf. Er habe ein tägliches Kommunikative des Gesundheitsministeriums vermisst, das die Gefahren zusammenfaßt. Die Dekontamination sei nicht koordiniert gewesen. Eine täglich durchgeführte Straßenreinigung beispielsweise hätte schon zu einer deutlichen Minderung der Strahlenbelastung beigetragen, erklärte er und forderte die Einrichtung von „Dekontaminations-Trupps“ in Krankenhäusern, bei den Rettungsorganisationen, in Zivilschutzzentren und in den Kasernen.